

„Jude“ ist wieder Schimpfwort

Antisemitismus-Beauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sieht Alarmzeichen

Oberberg (gh). Es wäre schön, wenn es solcher Abende nicht bräuchte.

Wolfgang Birkholz nannte es „eine Skandal, dass wir zu diesem Thema einladen. Die Aktualität sieht allerdings anders aus“. So widmete sich die Veranstaltung, zu der Wolfgang Birkholz als Vorsitzender der Oberbergischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das Katholische Bildungswerk Oberberg in das Wiehler Forum der Volksbank Oberberg eingeladen hatten, der Frage „Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen - Grund zur Besorgnis?“.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger beantwortete sie mit einem klaren „Ja“. Die ehemalige Bundesjustizministerin wurde im Herbst vergangenen Jahres vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet zur Antisemitismus-Beauftragung bestellt. Sie konnte nun von der Gesellschaft und dem Bildungswerk als Gastreferentin gewonnen werden.

Vor den zahlreichen Gästen, unter ihnen Vize-Landrat Professor Dr. Friedrich Wilke, der Superintendent des evangelischen Kirchenkreis an der Ag-

ger, Jürgen Knabe, und die Ehrenvorsitzende der FDP Oberberg, Ina Albowitz-Freytag, die den Besuch vermittelte, sprach Leutheusser-Schnarrenberger über ihre Aufgaben und Ziele in dieser Mission, denn der latente Antisemitismus gewinnt wieder sichtbar an Raum. Nicht nur an Stammtischen, oder in Hinterzimmern, sondern auf den Straßen Deutschlands. Er richtet sich gegen Mitmenschen, die dem jüdischen Glauben angehören und sich jetzt erneut physischer und psychischer Bedrohung und Gewalt ausgesetzt sehen.

Im vergangenen Jahr gab es bundesweit rund 1.800, in NRW 350 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund. Tendenz steigend. Dunkelziffer unbekannt.

Angriff auf die demokratische Gesellschaft

„Dies ist ein Angriff auf unser Grundgesetz, auf unsere demokratische Gesellschaft, in der Religionsfreiheit Jedermann garantiert ist und ein Fundament unsere demokratischen Ordnung darstellt“, so Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Nach einer aktuellen Umfrage



Die nordrhein-westfälische Antisemitismus-Beauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (M.), umrahmt von Gastgeber Wolfgang Birkholz und ihrer Parteilandin Ina Albowitz-Freytag, will nicht nur Zeichen wider dem Antisemitismus setzen. FOTO: GUNTER HÜBNER

haben 29 Prozent der jüdischen Mitbürger bereits Übergriffe erleben müssen. 44 Prozent von ihnen denken zumindest über eine Emigration nach, denn Synagogen und jüdische Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen müssen unter Polizeischutz gestellt werden.

Personenschutz für Jüdisch-Gläubige, die in der Öffentlichkeit stehen, sind keine Seltenheit mehr. Sie müssen zum Nachdenken, zu mehr Aufmerksamkeit aufrufen. Die freie Religionsausübung ist ein fundamentales Freiheitsrecht in

unserm Land und die Väter unserer Grundgesetzes haben es im Artikel vier festgeschrieben, erläuterte die Landesbeauftragte. Wer sie in Frage stellt oder angreift, greift uns alle an, war ihre Meinung.

Prävention beginnt in den Schulen

Daher sehe sie ihre Aufgabe darin, das lebendige jüdische Leben im Land zu wahren und zu schützen. Dies durch zahlreiche Präventionsmaßnahmen, die bereits in den Schulen beginnen und alle Bereiche wie

Geschichte, Kultur und soziales Umfeld beleuchten müssen. Beschimpfungen, Pöbeleien, Androhung von Gewalt, Gewalt müsse ein deutlicher Riegel vorgeschoben werden. „Es geht hier nicht um Taschendiebstahl, der schon schlimm genug ist. Es geht hier um Menschen“, so Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Daher rief sie dazu auf, hinter die Kulissen zu schauen, denn wenn Juden Angst haben, sich mit einer Kippa in der Öffentlichkeit zu zeigen, sei es allerhöchste Zeit, Zivilcourage in Wort und Tat einzufordern.

Daher verstehe sie sich auch als Ansprechpartnerin, um Vorurteilen und Unkenntnis vorzubeugen, denn die seien nicht an soziale Klassen gebunden, wie vielleicht gedacht wird. So ist in NRW auch eine Meldestelle in Planung und Netzwerke werden aufgebaut. Dies über den christlich, muslimischen und jüdischen Tellerrand hinaus.

„Wir wollen und müssen gemeinsam konkret werden“, hielt die Antisemitismus-Beauftragte nach ihrem gut einstündigen Referat unter dem Beifall der Gäste fest. „Wir müssen nicht die Gesetze ändern, sondern unser Denken.“